Hallesche Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen.

1918 Nr. 145 — Jahrgang 21?

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1.25, für das Vierteljahr Mk. 3.75 frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich Mk. 1.34, für das Vierteljahr Mk. 4.02, einschließlich der postal. Zustellungsgebühr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. Kostenlose Beilage: „Hallescher Courier".

Mittwoch, 20. März

Morgen-Ausgabe

Anzeigenpreis: Für Halle und Vororte kostet die 40 mm breite Kolonelzeile 25 Pfg. Geigenteilsanzeigen 30 Pfg. mit 10 % Aufschlag. Auswärtige Anzeigen Zeile 35 Pfg. Reklamen 100 Pfg. Rabatt nach besonderem Tarif. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle und allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto Leipzig 20612.

Geschäftsstelle Leipzigerstraße 61/62. Fernruf Sammelnummer 7801. Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610, Geschäftsstelle 5608 u. 5609. ::: Hauptschriftleiter: Dr. Hans Simon, Halle-Saale. :::

Eigene Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung Bernburgerstraße 20. — Fernsprecher Amt Kurfürst Nr. 6200. ::: Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale. :::

Lebhaftes Artilleriefeuer bei Verdun

Eine Denkschrift des Fürsten Lichnowsky

Berlin, 19. März. Der Hauptausschuß des Reichstages beschäftigte sich am 16. März mit einer Denkschrift des Fürsten Lichnowsky, des früheren deutschen Botschafters in London, vom August 1916. Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Exzellenz Payer, teilte mit, daß sich der Fürst am 15. d. M. dem Reichskanzler gegenüber etwa folgendermaßen geäußert habe: „Die rein privaten Aufzeichnungen, die ich im Sommer 1916 niederschrieb, haben durch Vertrauensbruch den Weg in weitere Kreise gefunden." Nach einem Schreiben des Fürsten habe die Denkschrift dann durch Indiskretion eine weitere Verbreitung gefunden. Mittlerweile habe der Fürst seinen erbetenen Abschied erhalten und da ihm zweifellos keine böse Absicht vorgelegen habe, habe man von einem Vorgehen gegen ihn abgesehen. Widerspruch müsse erfolgen, namentlich gegen die Behauptung über die politischen Vorgänge in den letzten Monaten vor Ausbruch des Krieges. Im einzelnen gehe aus der Denkschrift hervor, daß der Fürst schon im Sommer, wie bei der Abfassung der Denkschrift die Ansicht vertreten habe, daß trotz der Ermordung des österreichischen Thronfolgers der Friede hätte von der deutschen Regierung aufrechterhalten werden können, wenn sie nur die Friedensliebe Englands genügend ausgenützt hätte und von Rußland wäre, wenn dies geschehen wäre, ein militärisches Eingreifen kaum zu erwarten gewesen. Wie unbegründet die Klagen des Fürsten darüber seien, daß man nicht die serbische Krise durch eine Konferenz zu beenden versucht habe und daß Deutschland die russische Mobilmachung mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung beantwortet habe, sei ohne weiteres klar. Ebenso stehe es mit der Behauptung, die deutsche Regierung habe alle Vermittlungsvorschläge Englands abgelehnt. Zweck der Denkschrift sei, im ganzen zu zeigen, wie der Fürst dem Reiche den Frieden gesichert hätte, wenn man seinen Ratschlägen gefolgt wäre.

Des weiteren handele es sich um ein in Briefform, an eine größere Anzahl von Personen gesandtes und seither stark vervielfältigtes Rundschreiben eines Dr. Mühlon, der zurzeit des Kriegsausbruches Mitglied des Kruppschen Direktoriums gewesen sei. Er sei nach dem Briefe in der zweiten Hälfte des Juli 1914 bei zwei bekannten Herren in hervorragender Stellung gewesen und erzählte nun angebliche Aeußerungen derselben, aus denen er den Schluß zieht, daß es der deutschen Regierung in der zweiten Hälfte des Juli an dem Friedenswillen gefehlt habe. Die beiden Herren widersprechen bekanntlich den ihnen in den Mund gelegten Aeußerungen.

In der anschließenden Diskussion erklärte der Abg. Gröber, die Denkschrift wäre ein merkwürdiges Aktenstück, aus dem man den Eindruck gewinne, daß der Verfasser alles unter dem Gesichtswinkel geradezu krankhafter Eitelkeit betrachte.

Der Abg. Scheidemann erklärte, für einen Diplomaten sei die Denkschrift geradezu eine Blamage.

Der Abg. Müller-Meiningen sprach die felsenfeste Ueberzeugung aus, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes, der Reichskanzler, der Vertreter des Auswärtigen Amtes und vor allem der Deutsche Kaiser stets gegen einen Krieg auch gegen England waren.

Der Abg. Dr. Stresemann sagte, man könne den Verfasser der Denkschrift überhaupt nicht ernst nehmen. Durch die ganze Broschüre ziehe sich der Wunsch, die Schuld auf Deutschland zu schieben.

Der Abg. Graefe bemerkte, es scheine ihm jedenfalls zu wohlwollende Nachsicht hier nicht am Platze.

Der Abg. von Gamp bemerkte, es müsse in Zukunft mit dem jetzigen System unserer Diplomaten gebrochen werden. Er beantragt die Verfassung des gesamten Materials.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers antwortete noch, daß die Prüfung der Frage, ob ein strafrechtliches oder disziplinarisches Verfahren gegen den Fürsten angezeigt erscheine, durch das Reichsjustizamt geprüft worden sei. Es käme weder eine Verfolgung wegen diplomatischen Landesverrats im Sinne des Paragraphen 92 des Reichsstrafgesetzbuches, noch eine solche auf Grund des Paragraphen 353 A des sogenannten Arnim-Paragraphen in Frage. Ein Disziplinarverfahren käme nicht in Betracht, da ja der Fürst aus dem Dienst ausgeschieden sei. Veröffentlichungen von Artikeln in der Presse seien dem Fürsten vom Auswärtigen Amt untersagt worden.

Unterstaatssekretär von Stumm antwortete zum Schluß noch auf die Anfragen, wer für die Ernennung des Fürsten verantwortlich sei, was sie veranlaßt habe und weshalb er nicht von seinem Posten abberufen sei und erklärte, daß die Ausgabe eines neuen Weißbuches in Vorbereitung sei.

Der neue 15-Milliarden-Kredit

Berlin, 19. März. Der Reichstag hat heute in erster und zweiter Lesung die Kreditvorlage von 15 Milliarden Mark angenommen.

Der Statthalter von Elsaß-Lothringen in Berlin

Straßburg, 18. März. Der königliche Statthalter Dr. von Dallwitz hat sich in Begleitung des Staatssekretärs v. Tschammer für einige Tage nach Berlin begeben. W. T. B. erfährt von zuständiger Seite, daß die Reise durch finanzpolitische Fragen veranlaßt worden ist, nicht wie eine andere Stelle meldet, durch landespolitische.

Ernennung Marghilomans

Bukarest, 19. März. Marghiloman ist zum Ministerpräsidenten ernannt worden.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin 19. März, abends. (Amtlich.) Regen schränkte an der Westfront die Gefechtstätigkeit ein.

An der Nordfront von Verdun und im Parroy-Walde blieb das Artilleriefeuer lebhaft.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts neues.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 19. März. Amtlich wird verlautbart:

Keine Ereignisse von Belang.

Der Chef des Generalstabes.

Die gestohlenen holländischen Schiffe

Washington, 19. März. (Reuter.) Die Erörterungen über die Verwendung der holländischen Schiffe durch freiwillige Uebereinkunft oder auf dem Wege der Requisition dauern fort, während die Regierung die holländische Antwort erwartet. Die Wegnahme ist jedoch aufgeschoben, bis die Antwort hier eingegangen ist, was nicht vor Dienstag der Fall sein wird.

Amsterdam, 19. März. Aus dem Haag wird gemeldet, daß die Kammersitzung keine Klarheit darüber ergab, ob die holländischen Schiffe in Holland frei ausfahren sollen, oder ob der deutsche Vorschlag eines Pendelverkehrs angenommen werden wird.

Rotterdam, 19. März. Der „Nieuwe Rotterd. Cour." schreibt: „Die Rotterdamer Reeder hielten es so gut wie sicher, daß die Niederlande die Bedingungen Englands und Amerikas nicht annehmen würden. Dadurch, daß dies nun doch geschehen ist, ist für die materiellen Interessen der Reeder besser gesorgt, als wenn die Alliierten die Schiffe einfach beschlagnahmt hätten. Indessen dürften England und Amerika nicht imstande sein, torpedierte niederländische Schiffe zu ersetzen. Der für jeden Fall zu erwartenden Geldentschädigung legen die Reeder nicht so viel Wert bei, weil der Bau neuer Schiffe fürs Erste unmöglich ist. Im allgemeinen sieht man in den Kreisen der Reeder die Entscheidung als erniedrigend und nicht gut begreiflich an. Ueber das Schicksal der niederländischen Besatzungen der in Amerika liegenden Schiffe ist man beunruhigt. Ein Teil von ihnen wird sich vermutlich weigern, auf bewaffneten Schiffen in das Sperrgebiet zu fahren.

Hollands Verwaltigung

London, 19. März. Das Reutersche Bureau erfährt, daß die englische Regierung bis heute nachmittags noch keine Antwort der Regierung der Niederlande auf die Note der Alliierten zugegangen war. Es liege auch weder eine Bestätigung des britischen Gesandten im Haag, noch eine des niederländischen Gesandten in London vor, daß die niederländische Regierung den ihr vorgeschlagenen Bedingungen zugestimmt habe. Infolgedessen ist eine neue Notifikation nach dem Haag gesandt worden, wonach die Alliierten mangels einer unzweideutigen Annahme der Note der Alliierten zu einer sofortigen Beschlagnahme der Schiffe schreiten müßten. Da Telegramme aus Holland den Anschein erwecken, als habe die Regierung der Niederlande die Note der Alliierten angenommen, so sollte von neuem betont werden, daß der bisher Versuch einer zögernden Annahme des Modus vivendi vom vergangenen Januar seitens Hollands der Sachlage nicht gerecht würde, da sich die Situation seitdem von Grund aus geändert hat.

London, 19. März. (Reuter.) Die „Times" erfährt aus New-York vom 18. März: Die Behörden verschoben die Besitznahme der 700 000 Tonnen niederländischen Schiffsraumes in amerikanischen Häfen. Der Aufschub wurde aus Höflichkeit gegen die niederländische Regierung beschlossen, um ihr noch etwas Zeit zu lassen, die Vereinbarung über die Verwendung niederländischen Schiffsraumes durch die Alliierten zu unterzeichnen.

Wichtige Besprechungen in London

London, 19. März. (Reuter.) Amtlich. Die Zusammenkunft des Obersten Kriegsrates, ebenso wie wichtige politische Besprechungen unter dem Vorsitz des Premierministers wurden abgehalten. Die letzteren in London am 14., 15. und 16. März. Sie fanden im Beisein der Premierminister von England, Frankreich und Italien, und in Gegenwart anderer Minister nebst ihren militärischen und sonstigen Sachverständigen statt.

Clemenceau und Orlando beim englischen Königspaar

London, 19. März. (Reuter.) Amtlich. In der letzten Woche wurden Clemenceau und Orlando vom König und der Königin empfangen.

Odessa sollte in Brand gesteckt werden

Petersburg, 18. März. (Reuter.) Es ist festgestellt, daß die Russen Odessa vor der Räumung in Brand zu setzen suchten, aber wegen des zu schnellen Nachdrängens der Deutschen ihren Zweck nicht erreichen konnten.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 19. März 1918.

Am Tisch des Bundesrats: Dr. v. Payer, Graf Rödern, Wallraf, v. Stein.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnete die Sitzung nach 11¼ Uhr.

Zur Verhandlung standen zunächst Anfragen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Fortsch. Vpt.) fragte bezugnehmend auf einen Kommandanturbefehl, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um einen ungesetzlichen Druck auf Landsturmleute zu beseitigen, der sie unter Androhung der Wiedereinstellung in den Frontdienst veranlaßt, ihre Zustimmung zur Zurückhaltung mindestens vier Monate nach der Demobilmachung zu geben.

Oberst v. Braun: Es ist notwendig, daß in den betreffenden Stellen auch nach Friedensschluß sofort die nötigen Kräfte vorhanden sind. Nach den gesetzlichen Bestimmungen können die in Betracht kommenden Leute nur mit ihrer Einwilligung zurückbehalten werden. Um rechtzeitig hier Maßnahmen zu treffen, sind die betreffenden Verfügungen erlassen worden. Ein Druck auf die betreffenden Soldaten soll nicht ausgeübt werden.

Abg. Keinath (Natl.) wünschte Ausdehnung des Auslands-Nachrichtendienstes Deutschlands.

Ein Vertreter des Reichswirtschaftsamts erklärte, daß diese Frage von der Reichsregierung eifrig verfolgt wird. Die Vorarbeiten seien soweit gefördert, daß demnächst Handel, Industrie und Landwirtschaft dazu gutachtlich gehört werden können.

Abg. Hecscher (Fortschr. Vpt.) fragte nach den gesundheitlichen Zuständen im Lager zu Admednagar in Indien.

Wirkl. Geh. Leg. Rat Eckardt gab eine Darstellung von den Zuständen in den indischen Lagern, die an großen Mängeln leiden, wenn auch schon manche Verbesserung eingetreten sei. Die Interessen der internierten Deutschen würden nachdrücklichst verfolgt.

Abg. Frhr. v. Richthofen (Natl.) beschwerte sich über Paßschwierigkeiten im Verkehr mit Österreich-Ungarn.

Wirkl. Geh. Leg. Rat Eckardt erwiderte, es sei nicht zu leugnen, daß die deutschen Paßvorschriften wesentlich milder seien, als die österreichisch-ungarischen. Erleichterungen seien aber von der anderen Seite in Aussicht gestellt worden. Ob diese genügen, wird geprüft.

Abg. Hecscher (Fortschr. Vpt.) fragte nach der Richtigkeit der Blättermeldung, wonach der schweizerische Bundesrat Ador zu Ungunsten Deutschlands dem italienischen Gesandten vertrauliche Mitteilungen gemacht habe.

Unterstaatssekretär Freiherr v. d. Busche: Bundesrat Ador ist als wenig deutschfreundlich bekannt. Der schweizerische Bundesrat hat erklärt, daß Ador eine Unkorrektheit sich nicht hat zuschulden kommen lassen.

Abg. Jäger (Ztr.) fragte nach Maßnahmen gegen die Steigerung der Mietspreise.

Unterstaatssekretär Delbrück: Überall da, wo ein Bedürfnis vorliegt, werden Mietseinigungsämter errichtet. Ihre Benutzung findet in ausgiebiger Weise statt.

Abg. Kunert (Unabh. Soz.) fragte nach einem Reichs-Theater-Gesetz.

Unterstaatssekretär Caspar: Der Entwurf eines Bühnengesetzes ist ausgearbeitet. Die weiteren Vorarbeiten und die gutachtlichen Unterredungen sind aber durch den Krieg verzögert worden. Die Angelegenheit wird möglichst beschleunigt.

Hierauf wurde die Aussprache über die deutsch-russischen und die deutsch-finnischen Friedensverträge fortgesetzt.

Abg. Stresemann (Natl.): Die ganze Politik während der Regierung Kaiser Wilhelms II. war eine unbedingte Friedenspolitik. Niemals haben wir die Notlage anderer Völker ausgenutzt, um Deutschlands Macht auszubauen. Rußland war während des japanischen Krieges und England während des Burenkrieges der deutschen Neutralität sicher. Italien konnte Tripolis sich aneignen, während wir die Freundschaft mit der Türkei aufs Spiel setzten. Als Dank ernteten wir den Krieg und den Haß fast der ganzen Welt. Mit einem selbständigen Litauen sind wir einverstanden, unter der Voraussetzung einer Militärkonvention mit Deutschland sowie einer Zoll-, Münz- und Postunion. Auch mit einem katholischen Herrscher für Litauen sind wir durchaus einverstanden. Die Verwaltungsbeamten müssen nach den gleichen Grundsätzen ausgesucht werden. (Sehr richtig!) Das wird dazu führen, daß beide große Konfessionen ihre Segnungen auf das Volk wirken lassen können. Je weniger Polen zu uns zurückkommen, desto besser. Wenn aber die Führer unserer Heere erklären, daß unsere Grenzen ungünstig sind, so muß diesen Forderungen entsprochen werden. Unsere Expedition in Finnland gilt nur der Ent-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191803201-18/fragment/page=0001

dierung des Friedens. Die wirtschaftliche Bedeutung Finnlands geht daraus hervor, daß die Ausfuhr die nach der Türkei übertraf. Die deutschen Auslandsforderungen in Rußland müssen gesichert werden. Zur Beseitigung der Milliardenlast dürfen wir nicht auf eine Kriegsentschädigung verzichten. Den Ostfrieden haben uns unsere Waffen gebracht. Unsere Feinde werden auch die ganze Verantwortung für die politischen und wirtschaftlichen Folgen zu tragen haben. Auch im Westen sind wir weder militärisch noch wirtschaftlich niederzuringen. (Bravo!) Möge uns der Kampf im Westen den Sieg, aber auch die Auswertung des Sieges bringen. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Kons.): Die Erfolge im Osten gegen die gewaltige russische Übermacht waren ein Sieg der Disziplin und der technischen Überlegenheit unserer Offiziere und Soldaten. Der eiserne Ring der wirtschaftlichen Blockade ist gebrochen. Wir bedauern, daß in diesen Verträgen von einer Kriegsentschädigung nicht die Rede ist. Allerdings ist bei den Russen nichts zu holen. Bei künftigen Friedensverträgen nach dem Westen hin bestehen wir auf einer Kriegsentschädigung in bar. Der deutsche Einfluß auf die Randvölker muß auch bei Litauen voll gewahrt werden. Unendlich schwere Kämpfe mögen uns noch bevorstehen. Die beste Bürgschaft unseres Sieges ist die feste Überzeugung des ganzen deutschen Volkes, daß alles, was Menschenkraft leisten, Menschengeist erfinnen kann, geschehen ist, um den Sieg in unsere Hände zu bringen. Die Wurzel unserer Zuversicht ist das Vertrauen auf Gott, der, wie bisher, so auch weiter helfen wird.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Die Regierungsparteien, die gestern sprachen, sind mit der Regierung abgestuft unzufrieden. Heute zollen ihr die Annexionsparteien Lob. Wir lehnen den Vertrag ab, auch auf die Gefahr hin, bolschewistischer als die Bolschewiki genannt zu werden. Wenn dem Deutschen Kaiser die kurländische Herzogskrone angetragen wird (Vizepräsident Dr. Paasche ersuchte den Redner, auf diese noch nicht spruchreife Frage nicht einzugehen. Unruhe bei den Unabh. Soz.), so bedeutet das eine Gefahr für Deutschland. Die Roten Gardisten sind vollwertige russische Soldaten. Sie dürfen nicht als Banden behandelt werden. Ohne weiteres sie zum Tode durch den Strang verurteilen, verstößt gegen das Völkerrecht. (Vizepräsident Dr. Paasche: Davon ist keine Rede, daß alle Bolschewiki zum Tode durch den Strang verurteilt werden. Großer Lärm bei den Unabhängigen Soz. Verschiedene Zurufe aus dem Hause und Erwiderungen seitens des Abg. Ledebour. Vizepräsident Dr. Paasche rief den Redner zur Ordnung.) Sie haben kein Recht, sich in die sachlichen Beratungen einzumischen. (Lebhaftes Bravo! und Lärm bei den Unabh. Soz. Gegenrufe bei den bürgerlichen Parteien. Der Abg. Haase (Unabh. Soz.) wurde wegen eines Zwischenrufes zur Ordnung gerufen. Erneuter Lärm. Ruf: „Sie üben Zensur aus!“ Ruf rechts: „Bolschewiki!“) Deutschland schließt mit der Bolschewikiregierung Frieden, dann verfehmt es die Bolschewiki und verurteilt sie zum Tode durch den Strang. Mit Finnland ist gar kein Friedensvertrag nötig, denn wir befinden uns mit ihm nicht im Kriege. Wir nehmen den Kampf mit den Annexionisten aller Parteien von Westarp bis Scheidemann auf.

Abg. Fürst zu Radziwill (Pole): Die Stellungnahme meiner Fraktion zu dem Friedensschluß mußte unter dem Eindruck stehen, daß Vertreter des polnischen Volkes nicht zu den Friedensverhandlungen hinzugezogen worden sind. Wir hoffen auf ein dauerndes freundnachbarliches Verhältnis der Völker. An dem guten Willen unsererseits soll es nicht fehlen.

Abg. Lic. Mumm (Dtsch. Fr.): Die Wahl in Niederbarnim war die erste Antwort auf die Ablehnung der Friedensverträge durch die unabhängigen Sozialdemokraten. Die Ostseeprovinzen müssen deutsch bleiben und zwar als eine zusammenhängende Einheit. Die baltischen Landesvertretungen bestehen seit Jahren zu Recht und sind vollberechtigt, das kurländische und litauische Volk zu vertreten. Den Forderungen Hindenburgs und Ludendorffs, dieser treuesten Diener ihres kaiserlichen Herrn, dieser treuesten Söhne unseres Volkes, auf Sicherung unserer Grenzen, darf man sich nicht widersetzen.

Abg. Hansen (Däne): Die Bewohner der Aalandsinseln wünschen den Wiederanschluß an das Mutterland Schweden.

Die Vorlage wurde an den Hauptausschuß verwiesen.

Es folgte die erste Lesung der neuen Kreditvorlage.

Staatssekretär Graf Roedern: Die täglichen Kriegsausgaben sind gestiegen, namentlich dadurch, daß viele Heimatausgaben einbegriffen worden sind, so für die Beschaffung von Lokomotiven und Wagen. Auch in der Marineverwaltung sind die täglichen Ausgaben gestiegen, sie werden aber nicht vergeblich aufgewendet, das beweist die ständig steigende U-Boottätigkeit. Die Kriegskosten Englands und Frankreichs sind auf den Kopf der Bevölkerung berechnet weit höher als bei uns. Vom Schwarzen Meere bis zur Ostsee schweigen die Kanonen und die zusammengefaßte Kraft des Deutschen Reiches kann sich zum ersten Male in ungeteilter Wucht nach Westen wenden. Vom Westen her hören wir die alte Feindschaft. Vernichtet werden soll der preußische Militarismus. Dieser ist nichts als die Wahrhaftigkeit des deutschen Volkes. Nur sie hat uns vor Vernichtung bewahrt. Ist das Wort Clemenceaus wahr, daß der Sieg, der eine Viertelstunde länger an den Sieg glaubt, dann sehen wir getrost dem kommenden Kampfe entgegen, auf den die ganze Welt in atemloser Spannung blickt. Drohen jetzt die Feinde mit der Rohstoffsperre nach dem Kriege, so kann auch das uns nicht schrecken. Die geschonten und gepflegten deutschen Wälder werden uns bald den Rohstoff für unsere Textilindustrie schaffen. Aus dunkler Not und Gefahr schreiten wir zum Lichte. Auch die Annahme der neuen Kriegsanleihe wird keinen anderen Sinn haben, als ein dem Vernichtungswillen unserer Feinde entgegengesetztes „und doch“. Ich hoffe, daß auch das deutsche Volk bei der gestern aufgelegten Kriegsanleihe nicht versagen wird. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Haase (Unabh. Soz.): Wir stimmen gegen die Vorlage.

Die Vorlage wurde in erster und in sofort anschließender zweiter Lesung angenommen. (Bravo!)

Nächste Sitzung Mittwoch 3 Uhr: Postscheckgesetz. Angelegenheit Daimler.

Schluß 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 19. März 1918.

Am Ministertisch: Dr. Friedberg, von Breitenbach, Drews.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die Beratung des Gesetzentwurfs, wonach die Legislaturperiode des am 3. Juni 1913 gewählten Hauses der Abgeordneten um ein Jahr verlängert werden soll.

Minister des Innern Dr. Drews: Die nächsten Wahlen würden in der zweiten Hälfte d. J. stattfinden müssen. Da nun etwa die Hälfte der Wähler im Felde steht, so würden normale Wahlen ausgeschlossen sein. Auf allen Seiten des Hauses besteht der Wunsch, daß die Leute, die draußen gekämpft haben, ihre Stimmen abgeben. Deshalb bitten wir, die Vorlage anzunehmen. Auch mit Rücksicht auf die zur Beratung stehende Verfassungsvorlage ist die Einbringung des Gesetzentwurfs gerechtfertigt.

Abg. Dr. Pachnicke (Fortschr. Vpt.): Auch wir haben den Wunsch, daß während des Krieges keine Wahlen stattfinden.

Der Gesetzentwurf wurde in erster und zweiter Beratung angenommen.

Es folgte die Fortsetzung der zweiten Beratung des Staatshaushaltsplans beim Haushalt der Bauverwaltung.

Abg. Brütt (Freikons.) berichtete über die Verhandlungen der Kommission. Die Kommission beantragt die Vorlegung eines Entwurfs für die Herstellung einer durchgehenden Wasserstraße von der westlichen Grenze Preußens bis zu seiner Ostgrenze, ferner die Vorlegung eines Planes für den weiteren Ausbau vorhandener Wasserstraßen.

Abg. Dr. Herrmann-Danzig (Fortschr. Vpt.): Für den Osten ist das Bestehen eines durchgehenden Wasserweges von Westen nach Osten von Bedeutung, auch fehlt uns eine Wasserverbindung von Norden nach Süden. Kurland und Litauen können uns nur nützen, wenn der wirtschaftliche Verkehr mit diesen Ländern einsetzen kann. Vor allem muß der Mittellandkanal vervollständigt und die Verbindung bis nach Osten weitergeführt werden. Ferner ist notwendig eine Verbindung von Donau, Main und Rhein und von Donau, Oder, Elbe. Auch nach Oberschlesien muß der Osten eine Wasserverbindung erhalten.. Ein baldiger Ausbau unseres Kanalnetzes würde vor allem auch unsere Militärmacht stärken. Redner begründete den Antrag Aronsohn (Fortschr. Vpt.), wonach dem zweiten Antrag der Kommission hinzugefügt werden soll, daß auch ein wasserwirtschaftlicher Plan für den einer durchgehenden westöstlichen und nordsüdlichen Wasserverbindung entbehrenden Osten vorgelegt wird. (Beifall bei der Fortschr. Vpt.)

Abg. Rewoldt (Freikons.): Nach den Erfahrungen des Krieges müssen in dieser Hinsicht finanzielle Bedenken in ganz anderem Maße zurücktreten als früher.

Abg. Gerlach (Ztr.): Wir stimmen dem vorgelegten Haushaltsplan unverändert zu, ebenso den Anträgen der Kommission und dem Antrag Aronsohn. Hätten wir den Mittellandkanal, so hätten wir nicht die großen Transportschwierigkeiten gehabt. Wir wünschen, daß der Wiederaufbau Ostpreußens beschleunigt werde. Die Arbeiter der Bauverwaltung verlangen einheitliche Lohnregelung, Einführung einer einheitlichen Arbeitsordnung und die Errichtung von Arbeiterausschüssen nach den Bestimmungen der Eisenbahnverwaltung. Auch Teuerungszulagen müssen ihnen gewährt werden. Für die Anlage von Fischereihäfen muß mehr geschehen. Wir hoffen, daß eins von den Projekten des Mittellandkanals zur Ausführung kommt. Die Kanalisation der Mosel und Saar sowie der Nahe sollte in Angriff genommen werden, ferner die Verbindung von Norden nach Süden, besonders der Oder mit der Donau. Die Weichsel sollte für 1000 Tonnen-Schiffe ausgebaut werden. Zwischen Ostsee und Schwarzem Meer besteht eine Verbindung für 200 Tonnen-Schiffe. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Mathis (Natl.): Den Anträgen auf Ausbau der Wasserstraßen stimmen wir zu.

Abg. Frhr. von Malsahn (Kons.): Wenn das Projekt des Mittellandkanals uns vorgelegt wird, werden wir es sachlich und objektiv prüfen.

Minister von Breitenbach: Preußen hat seit Jahrzehnten Erhebliches für den Ausbau seiner Wasserstraßen geleistet. Während meiner Ministerzeit sind 431 Millionen verbaut und 432 Millionen bewilligt worden. Das Projekt der Moselkanalisation wird geprüft. Der Ausbau der Werra und die Verbindung der Wera mit dem Main ist in Aussicht genommen, ebenso der Ausbau der Weichsel, der aber mit einer gewissen Vorsicht und Zurückhaltung behandelt werden muß, weil hier auch polnische Interessen mitspielen. Für das Projekt des Mittellandkanals sind die Vorarbeiten angeordnet worden. Die Appelle hinsichtlich der Techniker und der Wasserbauarbeiter fallen bei mir auf günstigen Boden. Daß die Wasserbauabteilung vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten getrennt wird, entspricht nicht den Interessen des Staates. Wenn wir wasserwirtschaftliche Pläne in Brest-Litowsk geltend gemacht hätten, so hätten wir uns einen Korb geholt. Dagegen ist mein Ressort durch eine eigene Kommission in Bukarest vertreten. Alle vom Hause gegebenen Anregungen werden sorgfältig geprüft werden.

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch 12 Uhr vertagt. Außerdem kleinere Etats, Vorlage betr. Verlängerung der Legislaturperiode.

Schluß 4½ Uhr.

Was die Engländer nicht wagen

London, 19. März. (Reuter.) Im Unterhaus fragte Hunt, ob keine deutschen höheren Offiziere an Bord der Hospitalschiffe und der bewaffneten Schiffe untergebracht werden würden. Bonar Law antwortete, die Frage wäre zwar von den englischen Marine- und Militärbehörden sorgfältig erwogen worden, man habe aber nicht die Absicht, den Plan auszuführen.

Zu den Vorgängen in Ostasien

Tokio, 16. März. „Hochiahimbun“ meldet, daß die Nationalisten am 12. März einen dritten Angriff auf Blagoweschtschensk machten. Die Antimaximalisten leisteten Widerstand, wurden aber geschlagen. Von 150 Japanern, die nicht mehr fliehen konnten, wurden die meisten ermordet.

Der Wiederaufbau des Mittelstandes

Mehr noch als die Gegenwart wird die Zeit nach dem Kriege von dem großen Kampfe zwischen dem Staatssozialismus und der freien wirtschaftlichen Selbständigkeit erfüllt sein. In diesem Kampfe geht es um das Leben des Mittelstandes in Stadt und Land. Es muß daher eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wie der staatserhaltenden Parteien sein, schon jetzt die Maßnahmen zu erwägen, die zu seinem Schutze getroffen werden wie der staatserhaltenden Parteien sein, schon nur unter den unmittelbaren Wirkungen des Krieges zu leiden haben, sondern vor allem auch durch unsere zwangsläufige Wirtschaftspolitik. Durch die Zusammenlegung und Stillegung der Betriebe sind viele Existenzen zugrunde gegangen, während die Zahl der Kapitalisten auf der einen und die Masse des Proletariat auf der anderen Seite immer größer wurde. Die jetzt begonnene Entwicklung führt notwendig zu amerikanischen Zuständen, wo Kapitalismus und Proletariertum durch eine unübersehbare Kluft voneinander getrennt, unvermittelt sich gegenüberstehen. Die Schichten des Mittelstandes aber sind die festesten Stützen der nationalen Wirtschaft und die besten Träger des Staatsgedankens; ihre Erhaltung ist ein Gebot der Selbsterhaltung des Staates. Es müssen Feinde des Mittelstandes, die während des Krieges besonders erstarkt sind, verhindert werden, den gewerblichen Mittelstand lahmzulegen. Nach Beendigung des Krieges wird bei der Entlassung der Mannschaften, bei der Verteilung der Rohstoffe, bei der Gewährung von Kredit der Mittelstand in erster Linie zu berücksichtigen sein. Je mehr selbständige Existenzen wir schaffen, desto besser ist es in politischer Beziehung; je mehr der freie Unternehmungsgeist gepflegt wird, desto eher wird unsere Volkswirtschaft in der Lage sein, den wirtschaftlichen Kampf mit dem Auslande erfolgreicher aufzunehmen. Die sicherste Grundlage für wahre politische Freiheit und Selbständigkeit ist die wirtschaftliche Unabhängigkeit. Darum brauchen wir nach diesem Kriege aber auch eine Kriegsentschädigung und die Sicherstellung wirtschaftlicher Betätigung auf dem Weltmarkte. Diese Voraussetzungen müssen erfüllt werden, ehe an eine freihändlerische Handelspolitik gegangen werden kann. Es ist das Verdienst der konservativen Abgeordneten Kapp im Reichstage und Hammer im Abgeordnetenhause, daß sie in eindrucksvollen Reden auf diese Zusammenhänge zwischen Kriegszielpolitik und Mittelstandspolitik hingewiesen haben. Mit Recht hat Generallandschaftsdirektor Geheimrat Dr. Kapp ausgeführt, nur durch die Schaffung dieser freier Existenzen in Stadt und Land würden wir dem Wettbewerb auf dem Weltmarkte erfolgreich standhalten können, nur durch eine kraftvolle Mittelstandspolitik könnten wir den Ueberlieferungen des preußischen Staates treu bleiben, die mit dem Freiherrn von Stein begannen und über Motz und mittels des Deutschen Zollvereins, der preußischen Gewerbeordnung und der wirtschaftlichen Gesetzgebung nach 1871 zu dem gewaltigen Aufschwunge geführt haben, den unsere Wirtschaftsleben vor Beginn des Krieges erreichte. Nur durch einen kraftvollen Mittelstand werde auch den aufstrebenden sittlichen Kräften in unserem Volke, besonders auch in unserer Arbeiterschaft, wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg ermöglicht. Darin liege der Reichtum und die Kraft eines Staates. Ein solcher Ausblick befähige das Volk, standhaft und treu bis zum endgültigen Siege auszuharren. ...

Eröffnung des spanischen Parlamentes

Madrid, 18. März. (Reuter.) Heute wurde das Parlament eröffnet. Der König verlas die Thronrede, welche die herzlichen Beziehungen betont, die Spanien mit allen Völkern der Welt aufrechterhalte, und erklärt, daß Spanien in offenbarer Uebereinstimmung mit der Bevölkerung des Landes an der Neutralitätspolitik festzuhalten entschlossen sei. Wenn sie aber auch dem Beispiel der friedlichen Nationen folge, so sei die Regierung doch aufmerksam bedacht, die Streitkräfte zu Wasser und zu Lande zu verstärken. Das Kabinett werde dem Parlament eine Vorlage für Amnestie für alle politischen und sozialen Vergehen unterbreiten und werde dem Parlament einen Entwurf zugehen lassen über Maßnahmen zur Verbesserung des Eisenbahnnetzes durch den Bau neuer Bahnen, zur Steigerung der Kohlenförderung zur Verhütung der Vernichtung der Wälder, zur Hebung der Landwirtschaft und zur Vorbereitung der Häfen und der Schiffahrt auf die starke Entwicklung des Ueberseehandels. Die wirtschaftlichen und finanziellen Mittel sollen durch Anleihen beschafft werden, um die Abwanderung von Kapital und Arbeit ins Ausland zu verhindern.

Deutsch-französische Vereinbarung

Bern, 18. März. (Mitteilung der Politischen Departements.) Mit Note vom 16. März haben der französische Botschafter und der kaiserlich deutsche Gesandte dem Bundespräsidenten mitgeteilt, daß ihre Regierungen den im Verlauf der in Bern gepflogenen Verhandlungen aufgestellten Entwurf einer Vereinbarung zwischen der deutschen und der französischen Regierung über die Kriegsgefangenen genehmigt haben. Diese Vereinbarung ist demnach in Kraft getreten.

Graf Luxburg nicht in Chile

Berlin, 19. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Die Reutermeldung, daß der Gesandte Graf Luxburg in Chile eingetroffen sei, entspricht nach hier vorliegenden Nachrichten nicht den Tatsachen.

Für und gegen den Brest-Litowsker Frieden

Amsterdam, 19. März. Die „Times“ erfährt aus Petersburg: Aus einer vorläufigen Zählung der Stimmen der Provinzräte ergibt sich, daß 109 Räte für den unmittelbaren Abschluß eines Friedens gemäß den Brest-Litowsker Bedingungen, 83 dagegen waren. 13 Prozent der Bauernräte, 27 Prozent der Arbeiterräte und 35 Prozent der Soldatenräte waren gegen den Frieden um jeden Preis.

Vom „Seeadler“

Berlin, 19. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, ist die von feindlichen Nachrichtenagenturen verbreitete Meldung, daß die in Chile gelandeten Mannschaften des Hilfskreuzers „Seeadler“ von der chilenischen Regierung interniert worden seien, unzutreffend. Die Mannschaften befinden sich vielmehr auf freiem Fuß und sind nur bis zur Klärung der mit ihrer weiteren Behandlung zusammenhängenden Rechtsfragen unter behördliche Aufsicht gestellt.

Zwei amerikanische Generalstäbe

Washington, 19. März. (Reuter.) Der stellvertretende Generalstabschef, Generalmajor March, gibt bekannt, daß General Pershing um die Ueberweisung von 30 Offizieren ersucht worden ist, die am längsten in Frankreich an der Front gestanden haben. Sie sollen beim Generalstab in Washington eingestellt werden. Der Plan ist, in Washington einen Generalstab zu haben, der gründlich mit den Verhältnissen und Bedürfnissen des Krieges bekannt ist und an der Front ein Generalstab, der ebenso mit den heimischen Verhältnissen und Problemen bekannt ist.

Parlamentseröffnung in Kanada

Ottawa, 18. März. (Reuter.) Der Generalgouverneur von Kanada, der Herzog von Devonshire, eröffnete heute nachmittags die erste Sitzung des neuen Parlaments mit einer Thronrede, in der er auf die gute finanzielle Lage des Landes, auf die bisher unerreichten Ziffern des Auslandshandels und auf die günstige Handelsbilanz hinwies.

Die russischen Menschenverluste

Jetzt, nachdem der Friede im Osten geschlossen ist, dürfte es sehr lohnend sein, festzustellen, wieviel Menschenleben Rußland in diesem Kriege verloren hat. Was es nach in der durch die völlige Niederlage hervorgerufenen Revolution wird opfern müssen, liegt im Schoße der Zukunft.

Genaue Zahlen werden ja niemals zu ermitteln sein. Schon die Feststellung der unmittelbaren Heeresverluste stößt auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Außer den Toten auf dem Schlachtfelde müßten noch alle die Verluste gerechnet werden, die durch den Tod russischer Soldaten in feindlicher Gefangenschaft, durch die Todesfälle in der Zivilbevölkerung unter der Einwirkung kriegerischer Ereignisse und durch andere Einwirkungen, wie z. B. den Geburtenausfall, entstanden sind. Also selbst für den sorgsamsten Forscher wird es unmöglich sein, die Menschenverluste auch nur annähernd zu errechnen. Aber selbst wenn man sich auf die Heeresverluste beschränkt, gelangt man zu Zahlen, die alles bisher geschichtlich Ueberlieferte weit hinter sich lassen. Daß aber die von der deutschen Obersten Heeresleitung angegebenen Zahlen nicht nur vorsichtig, sondern auch richtig geschätzt werden, ist schon bei verschiedenen Gelegenheiten bewiesen worden. Nach diesen Schätzungen hat das russische Heer bis zum Ende des dritten Kriegsjahres nicht weniger als 9½ Millionen Mann verloren, eine Zahl, in der also die Verluste an der Düna und in Livland noch nicht mit einbegriffen sind; daß diese nicht gering waren, ist ja noch in frischer Erinnerung.

An Gefangenen ließ Rußland in deutscher Hand 1 200 000, in österreichisch-ungarischer 850 000, in bulgarischer 6500 und in türkischer 10 000 Mann. Diese Zusammenstellung, vor etwa Jahresfrist aufgestellt, ergibt aber auch nicht die genaue Gesamtsumme, da die vielen Gefangenen, die den Deutschen und den Oesterreichern bei ihren letzten siegreichen Vorstößen in Nordost und Südost in die Hände fielen, noch nicht mit eingerechnet sind. Unter Berücksichtigung aller Umstände kann man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß das russische Heer 12½ Millionen Mann verloren hat, von denen 10 Millionen Tote und Verwundete sein dürften. Da man nun in Heeren mit normalen Sanitätsverhältnissen immer auf vier Verwundete einen Toten rechnet, würde man danach mit 8 Millionen Verwundeten und 2 Millionen Toten rechnen können. Das russische Heer hatte aber keine normalen Sanitätsverhältnisse, im Gegenteil lagen sie sehr im Argen, so daß die Verhältniszahl in diesem Falle nicht zutrifft und die Zahl der Toten viel größer sein wird. Ob nicht den ehemaligen Zaren Nikolaus im stillen Winkel seines Verbannungsortes oft grausiges Entsetzen packt, wenn er an die blutigen Opfer denkt, die seine Haltlosigkeit dem russischen Volke auferlegt hat? Rußland hat also für die Verbandsmächte ganz ungeheure Opfer gebracht, sicherlich die größten von allen Verbündeten, wenn man die Verluste an Land und Kriegsmaterial mit heranzieht, ganz zu schweigen von den in absehbarer Zeit nicht wieder gutzumachenden Schäden, die der Krieg und die Revolution dem Reich im Innern, seiner Volksmoral und seinen idealen Gütern geschlagen hat. Da sollte man meinen, daß der Verband dem unglücklichen Volke zu tiefstem, unauslöschlichem Danke verpflichtet sein müßte. Weit gefehlt! Seit dem Friedensschlusse von Brest-Litowsk hat dieser nur noch verletzenden Hohn und die wildesten Schimpfworte für den ehemaligen Mitverschworenen übrig. Wie wurde Rußland bei Beginn des Krieges gefeiert, da es die scheinbar sicherste Hoffnung der Verbandsmächte bildete. Wie wurde es gepriesen, als es durch seine ununterbrochenen Angriffe England die Zeit verschaffte, sich auf der Grundlage der schnell eingeführten allgemeinen Wehrpflicht ein Heer zu schaffen. Wie dankbar gebärdete sich Frankreich, wenn ihm Brussilow durch seine Angriffe im Osten wieder etwas Luft verschaffte. In ihrer Selbstsucht wollen die Verbandsmächte nicht einsehen, daß das scharfe deutsche Schwert das Riesenreich zur völligen Ohnmacht verdammt hat; was tatsächlich bares Unvermögen ist, wird dem unglücklichen Land als böser Wille angerechnet. Und dem Undanke die Krone aufzusetzen, droht die Entente mit dem Einmarsch in Sibirien und mit der Blockade. Wer Englands Brot ißt, stirbt daran, und zwar sind nicht nur kleine, schwache Staaten der Todesgefahr ausgesetzt. Jetzt sieht man, daß das englische Gift stark genug ist, um auch einen Koloß wie das russische Reich zur Strecke zu bringen.

Die Wirkung des U-Bootkrieges

Der Unterseebootkrieg wird das ihm gesteckte Ziel, die Verminderung des unseren Gegnern zur Verfügung stehenden Schiffsraums unter den notwendigen Mindestbestand, mit Sicherheit erreichen. Eine erste Krise haben sie bereits im August und September des vergangenen Jahres mit knapper Not nur dadurch überwunden, daß sie alle neutralen Schiffe, deren sie habhaft werden konnten, wegnahmen. Mit diesem etwa 1½ Millionen Br.-R.-T. umfassenden Frachtraum ist es ihnen gelungen, die sich bedenklich lichtenden Bestände ihrer Handelsflotte noch einmal aufzufüllen. Die Quelle des neutralen Schiffsraumes ist indessen nicht unerschöpflich und schon jetzt aufgebraucht. Das weitere Aushilfsmittel zur Auffüllung der gegnerischen Handelsflotten, der Neubau, ist nicht annähernd imstande, die durch die Versenkungen entstehenden Verluste zu ersetzen. Auf diese Weise muß der feindliche Schiffsraum unaufhaltsam weiter sinken. Schon jetzt ist es so weit, daß die unmittelbare Einfuhr aus entfernt liegenden Erzeugungsländern, wie z. B. aus Australien und Indien, fast ganz zurückgegangen ist. Der unmittelbare Seeverkehr der europäischen Ententeländer beschränkt sich auf die Randländer des Atlantischen Ozeans und des Mittelmeeres.

Die von gegnerischer Seite veröffentlichten Zahlen über U-Bootsverluste der Mittelmächte sind unrichtig. Die Zahl der an der Arbeit befindlichen U-Boote ist in stetem Steigen begriffen, und der monatliche Zugang an Neubauten übersteigt — bisweilen um ein Mehrfaches — die Verluste.

Die Folgen der Frachtraumnot sind in allen uns feindlichen Ländern in steigendem Maße wahrnehmbar. Während früher nur über Teuerung geklagt wurde, erfahren wir seit Ende vorigen Jahres auf allen Gebieten von bedenklichem Schwinden der Vorräte und vom Mangel an Ware.

Auch der Geldwert der Versenkungen ist zu beachten. Seit Kriegsbeginn bis Ende Januar 1918 sind über 14½ Millionen Br.-R.-T., größtenteils beladener Dampfer, versenkt worden. Bewertet man die Bruttotonne samt Ladung und Fracht nur mit 3800 Mark, so ergeben die Versenkungen einen finanziellen Verlust für die Entente von rund 55 Milliarden Mark.

Unser Handelskrieg war die Antwort auf die von England eingeleitete Aushungerungspolitik. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich mit der Einleitung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges in das Gegenteil gekehrt. Die Zeit ist unser Bundesgenosse geworden. Wir ertragen die Absperrung über 3 Jahre lang. Der Frieden im Osten wird unser Durchhalten erleichtern. Unsere Feinde dagegen, besonders England, leben von der Hand in den Mund und sollen erst noch beweisen, daß sie den Unterseebootkrieg so lange auszuhalten vermögen wie wir die Einkreisung zu Lande. Ohne den uneingeschränkten Unterseebootkrieg hätte die Rechnung der Feinde, uns auszuhungern, gewisse Aussichten geboten. Seit Erklärung der Seesperre gegen England ist sie durchkreuzt.

Es wird vielfach behauptet, daß die Vereinigten Staaten die ehrliche Absicht gehabt hätten, in diesem Kriege neutral zu bleiben, und daß wir, wenn der uneingeschränkte U-Boot-Krieg nicht eingeleitet worden wäre, durch ihre Vermittlung einen annehmbaren Frieden hätten erreichen können. Diese Annahme ist von Grund auf irrig und widerspricht allen Anzeichen und Beweisen aus dem politischen Leben und Verhalten der Vereinigten Staaten sowohl vor wie während des Krieges. Schon vor dem Kriege haben Männer, wie z. B. der Marinepolitiker Mahan, keinen Zweifel darüber gelassen, daß in einem deutsch-englischen Konflikt Sympathien und Interessen der Vereinigten Staaten auf der Seite Englands sein würden. Hätte die amerikanische Regierung niemals die Absicht gehabt, auf der Seite unserer Gegner in den Krieg einzugreifen, so wäre ihre augenblickliche Haltung, ihre grundsätzlichen Aeußerungen über die Notwendigkeit ihrer Teilnahme am Kriege und ihr Bekenntnis zu den Kriegsgründen und -zielen unserer Gegner unerklärlich. Diese politischen Feststellungen und Stellungnahmen beweisen ebenso wie ihre Taten während des Kriegs bis zum offenen Eintritt in die Reihen unserer Feinde, daß es ihre feste Absicht war, unseren Feinden zu einem erfolgreichen Ausgange des Krieges zu verhelfen, mindestens aber, einen Mißerfolg abzuwenden. Entscheidend allerdings hat der offene Eintritt Amerikas in den Krieg die allgemeine Lage nicht geändert. Kriegsmaterialieferungen, besonders an Munition und Geschützen, wurden bereits vor der amerikanischen Kriegserklärung in ungeheurem Umfange und bis zum äußersten Maße der jeweiligen amerikanischen Lieferungsfähigkeit an unsere Feinde durchgeführt. Die Ausfuhr von Rohmaterialien nach Europa in die uns feindlichen Länder, besonders die von Eisen und Stahl, wuchs in den Jahren 1914 bis 1916 ins Ungeheure. Auch andere Rohstoffe und Lebensmittel wurden in größtem Umfange zur Verfügung gestellt. Finanzielle Unterstützung wurde unseren Feinden in beliebiger Höhe schon vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland mit allen Erleichterungen zuteil. Sogar amerikanische Mannschaften, in der Hauptsache Flieger, die freiwillig in das Heer unserer Feinde eingetreten waren, kämpften bereits im Jahre 1916 gegen uns. Die großen Anstrengungen, die die Vereinigten Staaten im Schiffbau unternehmen, sind also nicht durch die Kriegserklärung veranlaßt, sondern wären auch ohne sie unternommen. Schon vor dem Kriege ist mehrfach der Gedanke ausgesprochen worden, daß die Vereinigten Staaten einen deutsch-englischen Konflikt dazu benützen, sich die ihnen sehr fehlende Handelsflotte zu schaffen, was ihnen im Frieden aus Konkurrenzgründen nicht möglich war.

Sehr zu bedenken gibt ferner die Tatsache, daß die Unterhaltung eines amerikanischen Heeres in Frankreich den Gegnern erheblichen Schiffsraum kostet, über den sie nicht mehr verfügen. Heute überwiegen stark die Stimmen, die dringend raten, Amerika möge anstatt für Truppen, deren Transport und Unterhaltung die Schiffsraumnot vermehrt, lieber für Zufuhren von fertigen Waren nach Europa sorgen. Die Vereinigten Staaten arbeiten in der Hauptsache für ihre eigenen Interessen, denn sie lassen sich die gelieferten Waren teuer bezahlen.

Alles in allem läßt sich feststellen, daß dem Land der „unbegrenzten" Möglichkeiten in diesem Kriege gemessene Schranken für seine Mitwirkung gesetzt sind.

Englischer Heeresbericht

Vom 18. März morgens: Englische Truppen führten vergangene Nacht eine erfolgreiche Streife südlich von Acheville aus und machten bei geringen eigenen Verlusten mehrere Gefangene. Nordöstlich von Zonnebeke wurden den Feinde bei Patrouillenzusammenstößen Verluste beigebracht. Nachts feindliche Artillerietätigkeit südlich der Straße Bapaume—Cambrai und in der Nähe von Lens und lebhafte Tätigkeit gegen unser Vorgelände zwischen Warneton und Zonnebeke.

Vom 18. März abends: Feindliche Abteilungen führten heute morgen in der Frühe Streifzüge gegen zwei unserer Posten nordöstlich von Poelcapelle aus. Von unseren Leuten werden vier Mann vermißt. Als Ergebnis der im heutigen Morgenbericht gemeldeten Zusammenstöße wurden von unseren Patrouillen letzte Nacht etliche Gefangene eingebracht. Die feindliche Artillerie war heute morgen in der Nähe der Straße Bapaume—Cambrai kätig und zeigte während des Tages gesteigerte Tätigkeit gegen unser Vor- und Rückgelände in den Abschnitten von Armentières und Ypern.

(Nachdruck verboten.)

Platanenallee Nr. 14

44] Roman von Dr. P. Meißner.

„Was haben wir heute für einen Tag, Irma?"

„Freitag, Mutter!"

„Na, Kinder, dann haben wir ja noch einige Tage Zeit, hier die herrliche Natur zu genießen. Du, Irma, wirst so gut sein, an Minna zu schreiben, daß wir am nächsten Mittwoch ankommen! Sie soll ordentlich lüften, die gewaschenen Gardinen aufmachen . . . ."

„Ich weiß ja schon, Mutter, das mache ich doch jedesmal, wenn wir von einer Reise zurückkehren wollen. Ich muß doch auch Herrn Doktor Helmstedt schreiben."

„Doktor Helmstedt? Natürlich, Irma, natürlich."

Die Mutter konnte sich eines Lächelns nicht erwehren über den Eifer, mit dem ihre Tochter jede nur denkbare Gelegenheit benutzte, um an Helmstedt zu schreiben.

„Irma, meinst du nicht, daß man außerdem ein Telegramm an den Doktor schicken sollte?"

„Ja, Irma, das halte ich auch für nötig," pflichtete Lilly der alten Dame bei.

„Wenn ihr meint, dann wollen wir es gleich entwerfen und Herr Schramm gibt es dann telephonisch nach Harzburg."

„Ich denke, wir telegraphieren folgendes:

Werden Mittwoch 8 Uhr 35 abfahren, bitten uns abzuholen. Herzliche Grüße an Ralf, Empfehlungen an Maud. Gruß."

„Bitte Mutter, setze meinen Namen darunter, weil ich doch einmal die Korrespondenz führe."

Frau Schuster und Lilly lachten laut auf, und Irma errötete bis unter die Haarwurzeln. Sie lief schnell über die Wiese dem Hause zu, um Herrn Schramm aufzusuchen.

* * *

„Herr Doktor, der Schneider ist da und will die Winteranzüge abholen, soll ich sie ihm geben?"

„Ja, Frau Waitz, aber bitte leeren Sie vorher noch alle Taschen aus! Sie wissen, da bleibt oft etwas stecken, und legen Sie, was Sie finden, mir hier auf den Tisch. War Kommissar Braun schon hier?"

„Nein, Herr Doktor," knurrte die Haushälterin. Ihr Herr machte ihr Aerger. Das war ja kein Leben mehr für einen soliden, gebildeten Herrn: die Mahlzeiten nahm er ganz unregelmäßig ein, abends war er fast niemals zu Hause, ja er blieb ganze Nächte fort. Es war schrecklich, sie hatte ja gewiß schon alles mögliche miterlebt, aber was zu toll war, war zu toll. Und dazu das ewige Telephonieren! Sie rannte bloß immer an den Apparat. Wer ihren Herrn alles sprechen wollte! Die amerikanische Botschaft, das Materialprüfungsamt, das Patentamt, und alles so geheimnisvoll.

„Kriminalkommissar Braun, Herr Doktor."

„Kommen Sie rein, Braun. Guten Morgen."

„Morgen, Herr Doktor."

„Nun, Braun, was macht unser Freund?"

„Der? Der fühlt sich so sicher wie in Abrahams Schoß, gestern war er zum achten Male beim Untersuchungsrichter zum Verhör. Näheres hat er mir nicht erzählt, aber er tat mächtig geschwollen."

„Daß er sich sehr wichtig vorkommt, ist mir recht lieb, dann denkt er wenigstens nicht an Flucht."

„Flucht? Kein Gedanke, im Gegenteil! Er verhandelt schon mit einem gewissen Markwald wegen Eintritt in eine Drogerie in der Landsberger Allee."

„Sieh mal an! Der Mann scheint also doch wieder arbeiten zu wollen, das ist ja sehr interessant."

„Ja, ich habe mich auch gewundert. Bei der Rente hätte er doch so etwas gar nicht nötig, aber ich glaube, er will sich verheiraten, und das Mädchen verlangt wohl von ihm, daß er was Vernünftiges tut."

„Das ist schon möglich. Jedenfalls glauben Sie, Braun, daß er ohne weiteres zur Hauptverhandlung kommen wird?"

„Aber sicher, Herr Doktor, daran ist gar nicht zu zweifeln. Er hat mir doch schon gesagt, ich müßte hinkommen und hören, wie er aussagen würde, er wäre der einzige Belastungszeuge."

„Gut, Braun, trotzdem behalten Sie ihn im Auge! Ich werde Sie rufen lassen, wenn ich etwas brauche."

Helmstedt ging nachdenklich auf und ab. Die Mitteilung, daß Jakob in ein Geschäft einzutreten wünschte, war ihm wichtiger, als er sich Braun gegenüber hatte anmerken lassen. Das paßte nicht ganz in das Bild, das er sich von diesem verschlagenen Menschen gemacht hatte. Als er so in Gedanken die Sachen durchsah, die Frau Waitz aus den Taschen seiner Winterjacken zusammengebracht hatte, fiel ihm ein zusammengefaltetes Zeitungsblatt auf. Es war eine Nummer des Newyorker Herald. Er faltete sie auseinander und fand im Anzeigenteil eine blau angestrichene Ankündigung, die sein Interesse erregte:

Alagany Motor Car Works Ltd.

We promise to give

$ 50 000

to anyone, who can prove us a method of soldering white lead.

Competitors have to send in:

1. An accurate description of the soldering method.
2. Two kilos of the hard-solder.
3. A trialsoldering consisting of two white lead plates 0,5 inch thick and 1X4 inches long, soldered with the long ends.

It is left to the competitors to have their invention protected by law, but all patents and protective rights shall be transmitted to the A. M. C. W. Ltd. in case the invention has won our prize of

$ 50 000.

Competitions have to be sent in until the 15st of Mai 1903 to the central office of the company, New-York Broadway 64, or for german competitors c. o. the embassy of United States of America.

to Berlin.

In freier Uebersetzung lautet diese Ankündigung ungefähr folgendermaßen:

Alagany Motor Wagen Werke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Wir setzen einen Preis von

$ 50 000

aus für eine brauchbare Methode Aluminium zu löten.

1. Eine genaue Beschreibung der Löthmethode.
2. Zwei Kilogramm des Hartlotes.
3. Eine Probelötung, bestehend aus zwei Aluminiumplatten von 2½ Zoll Dicke und 1X4 Zoll Breite und Länge, die an ihren Schmalseiten zusammengelötet sind.

Die Bewerber haben das Recht, sich ihre Erfindung gesetzlich patentieren zu lassen, jedoch alle Patente oder sonstigen Rechte gehen in dem Fall an die genannte Gesellschaft über, wo diese den ausgelobten Preis von

$ 50 000

einer Erfindung zuspricht.

Die Bewerbungen müssen bis zum 15. Mai 1903 im Zentralbüro der Gesellschaft New York Broadway 64, oder für deutsche Bewerber unter der Adresse der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin eingereicht sein.

Wo stammte dieses Zeitungsblatt her? Helmstedt konnte sich zunächst nicht besinnen. Dann fiel ihm plötzlich ein, daß er dieses Blatt damals bei dem Lokaltermin in der Platanenallee im Geldschrank Ribbentrops gefunden und, ohne sich recht klar zu sein warum, eingesteckt hatte.

Also der alte Ribbentrop hatte sich mit dieser Preisaufgabe beschäftigt. Jetzt verstand er auch eine Reihe von Notizen in dem Tagebuch, die ihm bisher unverständlich geblieben waren. Auf einer Seite war ja ziemlich genau die Metallegierung angegeben und beschrieben, unter welchen Vorsichtsmaßnahmen sie hergestellt werden müsse.

Helmstedt freute sich. Seine Gedankenarbeit war doch nicht umsonst gewesen. Hier in dieser Ankündigung fand er die Bestätigung dafür, das seine Schlüsse das Richtige getroffen hatten. Auf ganz anderen Wegen war er dahin gelangt und hätte eigentlich nach einer solchen Ankündigung suchen müssen. Es war ihm nur für seinen Endzweck nicht wichtig genug gewesen. Er klebte die Ankündigung sorgfältig auf einen Bogen Papier und legte diesen in das umfangreiche Aktenfaszikel, das alles auf den Fall Ribbentrop Bezügliche enthielt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191803201-18/fragment/page=0003

Unsere Marine auf Aland

(Schluß.)

Von zuständiger Seite erfahren wir über die Landung auf Aland folgende Einzelheiten:

Von dem Wunsche beseelt, über die bevorstehenden Unternehmungen auf den Inseln ein Einvernehmen mit dem schwedischen Geschwaderchef zu erzielen, hatte der erste Admiralsstabsoffizier am 5. März im Auftrage des deutschen Admirals auf dem Flaggschiff „Sverige" die Ankunft unseres Geschwaders sowie die Absicht mitgeteilt, daß, um das gute Wetter auszunutzen, am nächsten Tage sofort mit dem Ausladen des Materials, Proviants und sonstigen Nachschub begonnen werden sollte. Vor dem Ausschiffen der Truppen sollte eine für den nächsten Tag vorgesehene Besprechung der beiderseitigen Stäbe die Richtlinien für ein vertrauensvolles Hand-in-Handarbeiten festlegen. Die Verhandlungen stießen indessen anfänglich auf Schwierigkeiten, da die Instruktionen der Befehlshaber sich nur schwer miteinander in Einklang bringen ließen. Doch gelang es bald, ein Einverständnis zu erzielen und die Verhandlungen am Abend zu einem beide Teile befriedigenden Abschluß zu bringen.

Inzwischen waren am Mittwoch, dem 6. März, die Vorbereitungen zum Landen der Truppen getroffen und das Ausladen des hierfür erforderlichen Materials beendet worden. Der hart am Strande gelegene große Zollschuppen, ein neues massives Gebäude, wurde herrenlos vorgefunden und von unserer Marine besetzt. Auf dem Dache wurde sogleich eine Signalstation errichtet und die deutsche Kriegsflagge gesetzt. Tags darauf, am 7. März, gingen mit Hellwerden unsere Truppen an Land, marschierten sogleich kampfmäßig und entwaffneten in Jomala 100 großrussische Soldaten, die mit aufgepflanztem Seitengewehr die Unseren erwarteten. Eine Radfahrerkompagnie wurde gleichzeitig nach Norrvik Hafen entsandt. Sie traf in diesem an der Ostseite Alands gelegenen Küstenplatz auf eine starke, aus Großrussen bestehende Garnison, die im Begriffe stand, sich auf den Dampfer „Baltic" einzuschiffen und mit Geschützen, Munition, Vorräten und Handrat nach Finnland abzufahren. Die Flagge der Roten Garde wurde niedergeholt und das Schiff vorläufig festgehalten. Es besteht die Absicht, die Russen, um ihnen die Gefahren des Weges über Finnland zu ersparen, später durch die bei uns besetzten Gebiete nach Großrußland zu bringen. Ihre Zahl steigerte sich im Laufe der nächsten Tage auf etwa 1200. Die Einschiffung auf den Dampfer „Baltic" hatte sich dadurch verzögert, daß die Russen große Mengen geraubten Gutes, Hausrat aller Art, Kleidungsstücke, Wäsche, Vorräte usw. mit sich führen wollten.

Das Ausladen im Hafen von Kokerö war rasch und glatt von statten gegangen. Aus den Dampfern wurden die Geschütze, Wagen und Güter auf das Eis gesetzt und von da entweder an Land gefahren oder mit von den Åländern bereitwilligst zur Verfügung gestellten Schlitten weggeschafft. Die Marine nahm die Organisation des Hafenbetriebs sogleich tatkräftig in die Hand. Ein Lotsendienst wurde eingerichtet, die Leuchtfeuer wieder angezündet und der Hafen gründlich ausgemessen. Leider ging am nächsten Tage einer unserer Eisbrecher verloren, indem er beim Fahren an einer noch nicht aufgesuchten Stelle auf eine im Eise festgefrorene Mine auflief und sofort sank. Sogleich eingeleitete Rettungsarbeiten verhüteten größeren Menschenverlust. Zum Glück traf am selben Nachmittag ein großer finnischer Eisbrecher mit Maschinen von 3000 Pferdekräften ein, der die Fähigkeit haben soll, Eis von mehr als 2 Meter Dicke zu durchbrechen.

Bei den trüben Erfahrungen, welche die Einwohner mit den auf der Insel zurückgebliebenen Russen gemacht hatten, kann man sich die Freude vorstellen, mit der die deutschen Befreier begrüßt wurden, um so mehr, als es nicht an Stimmen der Inselbewohner fehlte, daß nur kräftiges Zufassen eine Ausraubung durch die Russen verhindern könnte. In einem Punkt waren sich die Bewohner alle einig. Keiner von ihnen will wieder zurück unter russische Herrschaft. Die letzten Tage, als sie rücksichtslos ihrer Habe beraubt wurden, haben ihnen den letzten Rest von Zuneigung für die russische Herrschaft endgültig genommen.

Groß war die Freude der Unserigen, als in diesen Tagen über das Eis von Åbo her mehrere deutsche und österreichisch-ungarische kriegsbeschädigte, der Gefangenschaft entronnene Offiziere und Mannschaften eintrafen, die sich zum Teil sogleich unseren Truppen anschlossen, zum Teil auch auf den Kriegsschiffen gastfreie Aufnahme fanden. Sie schilderten die Lage der Zurückgebliebenen als erträglich, die finnische Bürgerschaft nehme sich der Deutschen in rührendster Weise an.

Das Land auf den Alandsinseln macht einen weit kultivierteren Eindruck als die baltischen Inseln, die auf einer ähnlichen gemeinsamen Unternehmung von Heer und Flotte vor einem halben Jahre besetzt wurden. Dörfer und Häuser zeigen ein sauberes Aeußere, und der Menschenschlag mit seinem blonden Haar und blauen Augen verrät echt germanischen Ursprung. Die Kinder sind alle gut mit Woll- und Pelzsachen versehen. Als Wahrzeichen jedes Dorfes steht auf dem großen Platz ein hoher Mast mit Wetterfahne und goldener Kugel. An den Enden der darunter befestigten Masten sind kleine Modelle von vollgetakelten Schiffen angebracht. Diese Masten werden alljährlich Anfang Juni niedergelegt, um, wie mit Girlanden und silbernem Flitter geputzt, am 24. Juni, dem alten Sommerabfest der Germanen, wieder aufgerichtet zu werden, das dann mit Tanz und Festlichkeiten gefeiert wird. Die Bevölkerung begrüßte unsere Leute durchweg recht freundlich, ja teilweise begeistert. In gleicher Weise wird das Befreiungswerk in Finnland durchgeführt werden.

Provinz Sachsen und Umgebung

— Gröbers b. Halle, 19. März. (Die hiesige Zuckerfabrik) wurde von der Besitzerin der Zuckerfabrik Schwoitsch an die Hallesche Eisenhandlung Otto Jakob verkauft. Die Fabrik soll abgebrochen werden.

o. Gotha, 19. März. (Die Geheimnisse einer Wurstfabrik) waren Gegenstand einer Verhandlung vor dem Amtsgericht. Vor mehreren Monaten sah sich der Siedlrat genötigt, die Pferdeschlachterei der Witwe Auerer zu schließen, weil im Betriebe Schmutzereien vorgekommen waren. Die Besitzerin hatte einen über den Höchstpreis hinausgehenden Preis genommen und auch noch zu knapp gewogen. Das Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe.

— Erfurt, 19. März. (Doppelte Butterration in der Karwoche.) In Erfurt erhält die Einwohnerschaft nach einem Beschlusse des Magistrats in der Karwoche anstatt 62½ Gramm 125 Gramm auf den Kopf.

ii. Nietleben, 19. März. (Diebstahl.) Der Arbeiterfamilie Fr. wurden aus der Miete 12 Zentner Kartoffeln gestohlen. Der Mann war gerade aus dem Felde auf Urlaub gekommen. Als er die Miete aufmachte, fand er darin nur noch einige Futterrüben.

Aus Halle und Umgebung

Halle, 20 März.

— Die Straßen reinhalten! In letzter Zeit werden die Straßen der Stadt wieder sehr häufig durch Papier, Straßenbahnfahrscheine, Scherben und dergl. stark verunreinigt. Auch nach dem Abladen von Kohlen und dem Abfahren von Asche erfolgt in den seltensten Fällen eine gründliche Reinigung der Straßen. Es wird daher darauf hingewiesen, daß nach §§ 5 und 6 der Straßen-Polizeiverordnung alle Verunreinigungen der Straßen, wozu auch das Wegwerfen von Papier gehört, verboten sind. Zuwiderhandelnde unterliegen nicht nur der Bestrafung, sondern sind auch verpflichtet, die fortgeworfenen Gegenstände sofort wegzuschaffen und die betreffende Stelle gründlich zu reinigen. Entsteht durch Schneefall auf den Bürgersteigen Glätte, so ist, sobald es tagt und so oft im Laufe des Tages es zum Fernsehen des Aufsichtsorgans der Aufsichtsrat erforderlich ist, von den Eigentümern der anliegenden Grundstücke der Bürgersteig nebst Straßenübergängen mit Sand, Asche, Sägespänen oder anderem dem Zwecke entsprechenden Material zu bestreuen. Das Glandern auf Bürgersteigen sowie auf den nicht zu Fahrstraßen bestimmten Teilen der öffentlichen Plätze und Promenaden ist bei Strafe verboten.

— Auch für den Jahrmarkt Bezugsscheinpflicht! Es wird darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren auf den Jahrmärkten dieselbe Anwendung finden, wie im sonstigen geschäftlichen Verkehr. Der Bezug und die Verabfolgung der unter die Bestimmung fallenden Waren darf daher auch dort nur gegen einen von der zuständigen Behörde ausgestellten Bezugsschein erfolgen. Zuwiderhandlungen unterliegen außer sonstigen Maßnahmen der Bestrafung des Verkäufers und unter Umständen auch des Käufers.

— Petroleum wird in diesen Tagen bei den Händlern angefahren. Die Abgabe an die Bevölkerung darf jedoch erst nach Bekanntgabe der für diesen Monat geltenden Verteilungsvorschriften erfolgen. Die Händler haben das genau zu beachten und dürfen in keinem Falle Petroleum vorher abgeben. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft.

— Für die Umzugszeit werden die Bestimmungen über das polizeiliche Meldewesen sowie über die Fristen zur Räumung von Wohnungen vom 9. September 1910 zur Beachtung erneut in Erinnerung gebracht.

— Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte". In Kürze wird unter dem Namen „Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte" eine allgemeine große Sammlung an die Oeffentlichkeit treten. Keineswegs will und soll etwa die Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte das Reich in Erfüllung seiner Pflichten gegenüber den Kriegsbeschädigten entlasten; sie steht vielmehr auf dem Standpunkt, daß die Rentenversorgung in vollem Umfange Aufgabe des Reiches bleiben und daß auf einen weiteren Ausbau der Versorgungsgesetze hingewirkt werden muß. Aber auch die weitestgehende gesetzliche Regelung der Rentenfragen vermag nicht überall so zu helfen, wie es unserem vaterländischen und sozialen Empfinden entspricht. Zahlreiche Fälle bleiben übrig, bei denen schnelleres geholfen werden muß, um bittere Not und Verzweiflung abzuwenden. Hier setzt die bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge ein. Sie will den Kriegsbeschädigten ins Wirtschaftsleben zurückführen, seine Kraft dem deutschen Volksganzen wiedergeben. Ihr umfangreiches Arbeitsgebiet umfaßt Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsbeschaffung, ergänzende Heilbehandlung, Ansiedlung, Wohnungs- und Familienfürsorge sowie Geldunterstützung bei besonderer Hilfsbedürftigkeit. Die Ludendorff-Spende, die sich an jeden Deutschen wendet, wird verwaltet von den im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge vereinigten Organisationen der deutschen Bundesstaaten; in diesen Stellen sind auch die wirtschaftlichen Interessenten, insbesondere die Berufsverbände entsprechend vertreten. Die Spenden fließen grundsätzlich den Landesteilen zu, aus denen sie stammen.

— Schiffsjungenreinstellung in der Kaiserlichen Marine! Das Kommando der Schiffsjungendivision beabsichtigt, im Oktober 1918 wieder Schiffsjungen einzustellen, und zwar kommen für diese Einstellung nur die Jahrgänge 1902 und 1903 in Frage. Die Altersgrenze ist also: für Mindestalter: Oktober 1903 = 15 Jahre, für Höchstalter: November 1901 = 16 Jahre 11 Monate. Die im Oktober 1901 und früher geborenen Jungen kommen für diese Einstellung nicht in Betracht. Anmeldungen müssen möglichst schnell beim zuständigen Bezirkskommando erfolgen, da der Bedarf voraussichtlich bald gedeckt ist. Auf die Broschüre „Vom Schiffsjungen zum Deckoffizier", die über Laufbahnen, Gehälter, Beförderungen usw. genauen Aufschluß gibt und zum Preise von 25 Pfennigen vom Kommando der Schiffsjungendivision in Flensburg-Mürwik zu beziehen ist, wird hingewiesen.

— „Gedenkblätter" für Hinterbliebene Gefallener. Schon seit längerer Zeit werden, besonders auch von Halle aus an Hinterbliebene gefallener Krieger sogenannte Gedenkblätter und Gedenkbücher unaufgefordert zugesandt, die weiter nichts enthalten, als die unter Glaspapier aufgezogene Todesanzeige des im Felde gefallenen Angehörigen. Dieses höchst plötzliche Verfahren ist geeignet, das Empfinden der Hinterbliebenen zu verletzen. Hinzu kommt, daß der Preis des Machwerks seinem wirklichen Werte keineswegs entspricht. Es wird daher von der Polizeiverwaltung wiederholt darauf hingewiesen, daß es jedermann freisteht, die Annahme und Bezahlung derartiger unbestellter Sendungen zu verweigern.

— Der am 18. März neugegründete Händelverein (E. V.) hat sich die Pflege der klassischen und vorklassischen Instrumental- und Sologesangsmusik, besonders der Händelschen, zum Ziele gesetzt. Er wird zu diesem Zwecke jährlich drei Konzerte veranstalten, ein Kirchenkonzert, ein Orchesterkonzert und einen Kammer- oder Hausmusikabend mit einheitlichen, stilvollen Programmen und unter Mitwirkung hervorragender Solisten. Der Mitgliederbeitrag beträgt für Mitglieder 12 Mark, für Gönner 50 Mark. Die musikalische Leitung hat der Kgl. und Universitätsmusikdirektor Prof. R. Rahlwes. Der Vorstand besteht aus den Herren Prof. Dr. Albert (Vorsitzender), Rahlwes (stellv. Vorsitzender), Justizrat Herold (Schriftführer), Frau Marg. Lehmann (stellv. Schriftführerin), Herrn Geh. Kommerzienrat Dr. Steckner (Schatzmeister), Superintendent D. th. Bethge, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Dieselhorst, Geh. Kirchenrat Prof. D. th. Eger, Geh. Kommerzienrat Dr. Lehmann, Geh. Oberregierungsrat Dr. Meyer, Theaterdirektor Sachse, Prof. Dr. K. Schmidt, Frau Prof. M. Schmidt-Heym, Herrn Bürgermeister Seydel und Fabrikbesitzer F. Weise. Anmeldungen zum Beitritt sind an Herrn Justizrat Herold, Brüderstraße 8, zu richten.

— Gefunden — verloren. In der Zeit vom 1. bis 15. März 1918 sind nachstehende Gegenstände als gefunden hier abgegeben oder angemeldet worden: 2 Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Geldschein, 1 Handtasche mit Inhalt, 1 Brosche mit Photographie, 1 Perltasche mit Inhalt, 1 Granatbrosche, 1 Glückwunschbild, 1 Brille mit Futteral, 1 Hornklemmer mit Futteral, 1 Lederhandschuh, 1 Paar Kinderhandschuhe, 1 Frühstücksdose, 1 Kriminalschal, 1 Schraubenschlüssel, 1 lebendes Huhn und verschiedene Schlüssel. — In derselben Zeit wurden als verloren gemeldet: 1 Blaufuchskragen, 1 schw. Mappe mit Inhalt, 1 schw. Handtasche mit Inhalt, 1 Fleisch- und 1 Brotmarke, 1 Schuhspelzkragen, 1 Trauring, 1 Brieftasche mit Inhalt, 1 schw. Fuchspelzkragen, 1 schw. Geldtäschchen mit Inhalt, 1 br. Brieftasche mit Inhalt, 1 schw. Lackledertasche mit silb. Geldtäschchen mit Inhalt, 1 gold. Armbanduhr, 1 schw. Geldtäschchen mit Inhalt, 1 dunkelbr. Muffe mit sämtl. Lebensmittelscheinen und Inhalt, 1 goldenes Geldtäschchen mit Inh., 1 gold. Ring, 1 Wappenkapsel, 1 Skunkspelzkragen, 1 Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Sack mit 4 Pfund Mehl, 50 M. Papiergeld, 1 rotes Geldtäschchen mit Inhalt, 1 graues Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Uhrarmband, 1 br. Lederhandschuh, 1 gold. Kinderarmband, 1 rotbr. Geldtäschchen m. Inh., 1 gold. Brosche, 1 br. Geldtäschchen mit Inhalt, 1 gold. Damenuhr, 1 Brillantnadel, 1 schw. Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Handtasche mit Inhalt, 1 Nickelklemmer im Futteral, 1 dunkelbr. Geldtäschchen mit Inhalt, 1 dunkelbr. Ledergeldtäschchen m. Inh., 2 schw. Ledergeldtäschchen mit Inhalt. Die unbekannten Eigentümer der unter 1 bezeichneten Gegenstände werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb 6 Monaten im Polizeiverwaltungsbüro, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 100, geltend zu machen. Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben werden.

— Kriegsbilder der Halleschen Zeitung. Folgende Bilder kommen zur Zeit in unserer Geschäftsstelle zum Aushang: Englische Frauen im Kriege. (Die Königin von England besichtigt ein Referve-Fliegerinnenkorps. Nach engl. Darstellung.) Erbeuteter russischer Caterpillar (amerikanisches Fabrikates), daneben 12 Traktoren zum Transport schwerer Geschütze). Klarmachen des Wasserflugzeuges „Wölfchen" (das bekanntlich während der Kreuzerfahrten von S. M. S. „Wolf" vorzügliche Aufklärungsdienste geleistet hat. Im Flugzeug sitzend: Flugmeister Nobel, stehend: Leutnant zur See Siebel).

Börsen- und Handelsteil

Mitteldeutsche Privat-Bank

Dem jetzt vorliegenden Bericht der Direktion der Mitteldeutschen Privat-Bank, Aktiengesellschaft, über das Jahr 1917 an die auf den 10. April einberufene Generalversammlung sowie kennzeichnet sich die Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres genau wie die des Vorjahres. Zunehmende Geldflüssigkeit bei regem Effektengeschäft und lebhaften Gelddurchsätzen.

Die Umsätze haben sich von 8,9 auf 12,2 Milliarden M. von einer Seite des Hauptbuches gehoben. Die Zahl der Konten ist von 88.420 auf 105.183 gestiegen. Die fremden Gelder sind von 298,4 Millionen M. am 31. Dezember 1916 auf 457,9 Millionen Mark am 31. Dezember 1917 angewachsen. Der Zustrom bei auch in den ersten zwei Monaten des laufenden Geschäftsjahres in noch verstärkterem Maße angehalten. Die Liquidität hat sich, wie wir bei Besprechung des Abschlusses schon mitteilten, weiter erhöht auf 93,8 (82,2) Prozent. Diese Vermehrung ist um so bemerkenswerter, als auf die 6. und 7. Kriegsanleihe bei uns und den der Bank angegliederten Unternehmungen zirka 289 Mill. Mark gezeichnet wurden, insgesamt auf sämtliche bisher herausgekommene Kriegsanleihen zirka 701 Millionen M., die entsprechungsgemäß zu 60/70 Prozent den Gutheben entnommen sind. Die vorstehenden Ziffern lassen auch, so heißt es im Bericht, für die bevorstehende 8. Kriegsanleihe ein günstiges Resultat erwarten.

Besondere Beachtung verdient, wie ebenfalls schon seinergzeit ausgeführt wurde, in der Bilanz die Entwicklung des Effektenkontos und des Konsortialkontos. Darüber heißt es im Bericht:

„Das Effektenkonto weist eine Zunahme der Staatsanleihen und eine Abnahme der sonstigen Wertpapiere auf, ebenso das Konsortialkonto. Wir erwähnen besonders unsere Beteiligungen bei der Saccharin-Fabrik Akt.-Ges., Magdeburg-Südost letzte Dividende 12 Proz., Chemische Fabrik Buckau letzte Dividende 10 Proz., Polack Akt.-Ges., Walbershausen letzte Dividende 10 Proz., Zuckerraffinerie Genthin Akt.-Ges. letzte Dividende 10 Proz., Braunschweigische Kohlen-Bergwerke, Helmstedt, letzte Dividende 16 Proz., R. Wolf Akt.-Ges., Magdeburg letzte Dividende 15 Proz.

Unsere hauptsächlichsten bauernden Beteiligungen bei einer Reihe von Banken verteilen wie folgt: Thüringische Landesbank, Aktiengesellschaft, Weimar, 9 Proz. Dividende, Hessischer Bankverein, Aktiengesellschaft, Kassel, 6 Proz. Dividende per 1. Juli 1917, Freiberger Bankverein, Aktiengesellschaft, Freiberg in Sachsen, 7 Proz. Dividende, Vereinsbank zu Cuxhaven 7 Proz. Dividende.

Unsere Kommanditen, Aschersleben Bank Gerson, Klosen & Co., Aschersleben, und Gebr. Oberländer, Gera, haben wiederum recht günstig gearbeitet. Wir haben dem Filialnetz sowohl bei uns als auch bei den vorbezeichneten Banken eine den wirtschaftlichen und geographischen Verhältnissen entsprechende weitere Ausgestaltung gegeben, und zwar teils durch Neuerrichtung, teils durch Angliederung bestehender Bankgeschäfte. Besonders haben wir hervor den Erwerb der altangesehenen Bankfirma Schwabe & Hoffmann in Koburg, deren Senior, Herrn Geh. Finanzrat Schwabe, wir zur Wahl in den Aufsichtsrat vorschlagen, während sein Sozius, Herr Hofbankier M. Kogerup, sich bereit erklärt hat, seine Beziehungen zu der Kundschaft des Koburger Platzes auch weiterhin zu pflegen, indem er die Mitleitung unserer Filiale Koburg als unser Generalbemächtigter übernommen hat. Ferner haben wir die renommierte Bankfirma Oskar Heubach, Sonneberg S.-M., besonders geachtet in der Spielwaren-Industrie des Sonneberger Bezirks, unter Errichtung einer Filiale daselbst übernommen. Wir erwähnen noch die Angliederung des Greußener Bankvereins in Greußen an unsere Filiale daselbst, unter Eintritt der Aufsichtsratsmitglieder in einen für den Greußener Bezirk gebildeten Lokalausschuß."

Der Bericht schließt: „Die Kräftigung und Stärkung unseres Instituts durch vorsichtige Bewertung unserer Aktiven, geeignet auf unsere ausgedehnten Beziehungen in Mitteldeutschland, geben uns die Gewähr, daß wir nicht nur einer weiteren Kriegswirtschaft völlig gewachsen sind, sondern auch nach dem Kriege kraftvoll an dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens mitwirken, uns stark genug fühlen, zum Nutzen unserer Aktionäre und zum Segen unseres Vaterlandes."

Börsenstimmungsbild

Berlin, 19. März. Die Ungewißheit über die kommenden Steuervorlagen, besonders die Neuregelung der Börsensteuer, verstärkte heute die Zurückhaltung und ließ bei der mangelnden Unternehmungslust die herauskommende Ware nur zu teilweise stärker ermäßigten Kursen Aufnahme finden. Schon zu Beginn der Verkehrs sprach sich die Haltung als schwach aus und im Verlauf gingen die Kurse mit ganz wenig Ausnahmen weiter zurück. Stärker gedrückt waren fest alle Montan-, Schiffahrts- und vor allem Rüstungswerte. Von letzteren gaben unter Berücksichtigung des Dividendenabschlusses Rheinmetall am stärksten nach, aber auch Orientbahnen und Türkische Tabakaktien notierten erheblich niedriger. Gleichfalls niedriger stellten sich Petroleumwerte. Am Rentenmarkt hat sich nichts verändert.

Produktenbericht

Berlin, 19. März. Ohne besondere Anregung verlief der Warenverkehr wiederum recht still. Die wenigen Anfuhrte von Heu und Stroh gingen an den Magistrat, für den Handel blieb kaum etwas zur Verfügung. Heidekraut ist in seinem bisherigen Vorrat ziemlich geräumt. Die Kauflust hielt aber an und es wird viel an Station zu alten Preisen gehandelt. Landwirtschaftliche Sämereien bleiben begehrt, aber jetzt zu beschränkten, namentlich Serradella. Die Stimmung für Rotklee ist entschieden schwächer, seitdem angereist durch die Zufuhr ausländischer Ware, mehr Inlandswaare herauskommt. Saatgerste ist etwas mehr begehrt, auch sind die Forderungen leicht angezogen. Sommerweizen ist vernachlässigt und unter Höchstpreis zu haben. Wetter: Schön.

* Zur Festsetzung des Rohzuckerpreises. Bei der Festsetzung von Preisen für Kartoffeln, Hülsenfrüchte und Hackfrüchte ist in diesem Jahre nicht gleichzeitig auch ein Rohzuckerpreis festgesetzt worden, weil zurzeit noch nicht übersehen werden kann, wie sich die Verarbeitungskosten in den Fabriken stellen werden. Der Rohzuckerpreis wird im Herbst voraussichtlich gleichzeitig mit dem Verbrauchszuckerpreis festgesetzt werden. Der Verzehrung nach der jetzt festgesetzte Zuckerrübenmindestpreis von 3 M. zugrunde gelegt werden.

Wetterbericht

vom Dienstag, 19. März: Auch gestern dauerte das meist heitere und trockene Wetter fort. Nachts sind in den nordwestlichen Gebietsteilen leichte Regenfälle aufgetreten, die sich heute früh bis Hannover fortgepflanzt hatten. Im Westen ist das Wetter wärmer: Aachen meldet heute früh bereits + 11 Grad Celsius, der Weichsel herrscht noch leichter Frost. — Aussichten für Mittwoch: Wolkig, mild, nirgends erhebliche Niederschläge.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Hans Simon; für Provinz, Sachsen und Handelsteil: Georg Fernandes; für Oertliches und den übrigen Teil: Adolf Meyer; für den Anzeigenteil: Otto Kretschmann, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191803201-18/fragment/page=0004